

Stand: 11.05.2024 21:10:24

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/22701

"Zugangshürden für geflüchtete Schülerinnen und Schüler zur Realschule und zum Gymnasium abbauen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/22701 vom 12.05.2022
2. Mitteilung 18/24262 vom 29.09.2022



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Schwamberger, Gabriele Triebel, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Susanne Kurz, Hep Monatzeder** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Zugangshürden für geflüchtete Schülerinnen und Schüler zur Realschule und zum Gymnasium abbauen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Zugangshürden zu den Realschulen und den Gymnasien für geflüchtete Schülerinnen und Schüler abzubauen.

Begründung:

Nicht nur die Grundschulen, die Mittelschulen und die Förderschulen sind für die geflüchteten Schülerinnen und Schüler da, sondern auch die Gymnasien und Realschulen. So formulierte es der Staatsminister für Unterricht und Kultus. Doch die Zugangshürden zu den beiden letztgenannten Schularten sind so hoch, dass die meisten wohl unabhängig von ihrer Eignung in den Mittelschulen bleiben werden. Um nämlich entweder in eine Sprintklasse oder das Projekt InGym aufgenommen zu werden, müssen die Schülerinnen und Schüler immer zunächst eine Deutschklasse besuchen, also auf eine Mittelschule gehen. Von dort aus müssen sie vom Schulamt ausgewählt werden, dann einen Gastschulantrag an einer Realschule oder einem Gymnasium stellen und können erst dann in eine Sprintklasse oder in das Projekt InGym einsteigen. Allerdings ist bei der großen Zahl der Geflüchteten wohl mit einer Überforderung der Schulämter zu rechnen. Zudem gibt es lediglich 13 Realschulen und vier Gymnasien (für die Sammelkurse), die Sprint oder InGym in Bayern anbieten. Es besteht daher dringender Handlungsbedarf, um geflüchteten Schülerinnen und Schüler einen niederschweligen Zugang zu Realschule und Gymnasium zu ermöglichen.



Mitteilung

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Schwamberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 18/22701

Zugangshürden für geflüchtete Schülerinnen und Schüler zur Realschule und zum Gymnasium abbauen!

Der Antrag mit der Drucksachennummer 18/22701 wurde zurückgezogen.

Landtagsamt